

Rundbrief

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde und Mitstreiter,

nach nunmehr zehn Jahren geht meine zweite Amtszeit als Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen am 11. Dezember zu Ende. Ein weiteres Mal möchte ich nicht kandidieren. Aus meiner Sicht ist es weder für das Amt noch für die ausführende Person gut, ein solches Amt länger als zehn Jahre zu begleiten. Nun ist es Zeit, mich aus diesem Amt zu verabschieden; vor allem Bilanz zu ziehen und Dank zu sagen. In Ermangelung einer anderen Gelegenheit möchte ich mich in Form eines Rundbriefes an Sie und Euch wenden.

Den **Staatssicherheitsdienst der DDR** kannte ich nicht nur vom Hörensagen. Wegen meiner Initiativen für eine Ost-West-Vernetzung der Umwelt- und Friedensbewegung wurde ich seit 1983 mit einem „Operativen Vorgang“ verfolgt und durfte infolge dessen weder Abitur machen noch studieren. Mit der Fertigstellung meiner Untergrundschrift „Pechblende“ über die gesundheitlichen und ökologischen Folgen des sowjetisch-deutschen Uranbergbaus wurde der gegen mich gerichtete Vorgang ab 1988 zum „politisch-operativen Schwerpunkt“ der Geraer Stasi-Bezirksverwaltung erklärt. Obwohl mir dank der West-Öffentlichkeit meiner Studie eine Gefängnisstrafe erspart blieb, werde ich die diffuse, aber dennoch extreme Verfolgungssituation jener Zeit nie vergessen. Da ich die Stasi als ein dauerhaft präsent, aber unberechenbares und unsichtbares Gegenüber erlebt hatte, war für mich eine Klärung der Hintergründe fast lebensnotwendig für einen Neubeginn geworden. So war mein im Dezember 1989 beginnendes Engagement im Bürgerkomitee für die Rettung und Öffnung der Stasi-Akten auch in meinem persönlichen Interesse. Am 1. März 1990 erhielt ich als einer der ersten die eigene OV-Akte zur Einsicht – überreicht vom damaligen Bezirks-Stasi-Chef.

Seither habe ich mich intensiv **für ein allgemeines Akteneinsichtsrecht für Stasi-Verfolgte eingesetzt** und mich auch weiterhin publizistisch mit der Situation der Stasi-Verfolgten und der Aufarbeitung der DDR-Diktatur auseinandergesetzt. In einer Situation, als immer wieder ins Feld geführt wurde, die Aktenöffnung würde nur die junge Demokratie vergiften, ging es mir darum, das Gegenteil aufzuzeigen: Dass die Kenntnis der Stasi-Akten für die Opfer eine unabdingbare Voraussetzung dafür ist, überhaupt mit den Tätern in einen Dialog eintreten zu können. Zu der 1991 erschienenen Dokumentation meiner Stasi-Akten haben sich neben Mitbetroffenen auch die vier zuständigen Stasi-Offiziere mit eigenen Beiträgen – aus dem Abstand von 1 ½ Jahren und als Privatperson – beteiligt.¹ Ich konnte nach intensiven Gesprächen die Erfahrung machen: **Wer vergibt, tritt aus seiner Opferrolle heraus.**

Als ich im Jahr 2000 bezüglich des Landesbeauftragten-Amtes angesprochen wurde, war ich biographisch in der Situation, mich wieder anderen Bereichen zuzuwenden und das Stasi-Thema mehr in den Hintergrund treten zu lassen. Dass ich dennoch diese Aufgabe angenommen und mein Berufsleben in den Dienst der Vergangenheitsaufarbeitung gestellt habe, hatte vor allem einen Grund: Ich stand sehr unter dem Eindruck der vielen intensiven Gespräche mit meinem 1999 verstorbenen Freund Jürgen Fuchs. Anfang der 90er Jahre wollten wir gemeinsam in der „Gauck-Behörde“ recherchieren; doch als er mit seinen

¹ Michael Beleites: Untergrund. Ein Konflikt mit der Stasi in der Uran-Provinz. Berlin 1991. 274 S. (2. erw. Aufl. 1992, 278 S.)

Arbeiten beginnen konnte, hatte ich meine dortige Beschäftigung bereits vorzeitig beendet. Die Erfahrungen mit dieser Behörde, die Jürgen Fuchs dann in seinem Roman „Magdalena“² verarbeitet hat, waren größtenteils auch meine Erfahrungen. Seine Intention, die Aufarbeitung des Stasi-Systems nicht allein denen zu überlassen, die sich noch als Vollstrecker eines geheimen Klassenauftrags betätigten oder „nur“ wegen ihrer Anpassung vor 1990 befangen waren, war auch meine Intention. Es war erschreckend, im welchem Umfange sich alte und neue Karrieristen bar jeder inhaltlichen Motivation der Aufarbeitungsinstitutionen bemächtigten, um dort nicht *für*, sondern in erster Linie *von* der Aufarbeitung zu leben. Insoweit **fühlte ich mich dem Vermächtnis von Jürgen Fuchs verbunden** – und habe die Aufgabe des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen als eine Chance angesehen, seinen Impuls weiter zu tragen.

Zu Dank verpflichtet bin ich zunächst den Mitgliedern des Sächsischen Landtages, die mir 2000 und 2005 das Vertrauen ausgesprochen und damit das Mandat für zwei Amtszeiten gegeben haben. Voranschicken möchte ich, dass das Wirken als Landesbeauftragter nicht nur meine, sondern unsere Arbeit war. Da ist zuerst das viel zu kleine Team unserer Vier-Personen-Behörde zu nennen. Neben der überaus professionell arbeitenden Sekretärin, Anne Jagdhold, unterstützten mich die beiden ausgesprochen engagierten Referentinnen Martina Pohl (Bürgerberatung / Verwaltung) und Dr. Nancy Aris (schulische Bildung / Unterrichtung der Öffentlichkeit). Ohne ihren weit über die normalen Dienstaufgaben hinausreichenden Einsatz, ohne ihre selbstständige, kreative und zugleich hoch sensible Arbeit und ohne ihre ungezählten Überstunden wäre die Behörde des Landesbeauftragten längst infolge ihrer Unterbesetzung gescheitert – und damit auch ich. Mein allergrößter Dank gilt meinen Mitarbeiterinnen! Hier sind auch die beiden freien Mitarbeiter zu nennen, die in den letzten Jahren über Honorarverträge für die Behörde arbeiteten: Der Schriftsteller und Bürgerrechtler Utz Rachowski aus Reichenbach führt in unserem Auftrag die Bürgerberatungen zu Rehabilitierungsfragen in den Regionen (zumeist in Landratsämtern) durch. Seiner Authentizität, seiner Empathie für die Opfer des SED-Regimes und seiner hohen Sachkunde ist es zu verdanken, dass unsere Behörde auch unter denen, die wegen ihrer politischen Verfolgung in der DDR bis heute zu den Verlierern der Geschichte zählen, ein hohes Ansehen genießt. Der Dresdner Historiker Ralf Marten hat in enger Abstimmung mit uns die thematisch umfassende und vielfältig einsetzbare Ausstellung „Diktatur und Widerspruch – DDR-Geschichte im Fokus“ erarbeitet. Beide zusammen haben im letzten Jahr Video-Interviews mit über 30 ehemals politisch Verfolgten geführt und damit den Grundstock für eine entsprechende Dokumentation gelegt. Darüber hinaus danke ich den vielen Kooperationspartnern in Sachsen und darüber hinaus; vor allem bin ich auch dankbar für die guten Erfahrungen in der direkten Zusammenarbeit mit den jeweiligen „Arbeitsebenen“ der Parlamente, Behörden und Institutionen.

Welches waren die Schwerpunkte meiner Arbeit?

Im öffentlichen und politischen Raum sah ich die **Rolle des Landesbeauftragten** als ein Scharnier zwischen den Verfolgtenverbänden und den Aufarbeitungsinitiativen auf der einen Seite und dem Landtag und der Landesregierung auf der anderen. Bei regelmäßigen Arbeitstreffen in unserer Behörde konnten viele Fragen zu Rehabilitation, Dokumentation und öffentlicher Erinnerungskultur (Gedenkstätten) im direkten Gespräch erörtert werden. Es ist gelungen, für die freien Träger von Gedenkstätten und für die drei Archive der Bürgerbewegung eine Förderung durch den Freistaat Sachsen sicherzustellen. Die sächsischen

² Jürgen Fuchs: Magdalena. MfS, Memfisblues, Stasi, Die Firma, VEB Horch & Gauck – ein Roman. Rowohlt Berlin, 1998, 511 S.

Initiativen zur Erinnerung an die kommunistische Diktatur spielten und spielen auch bundesweit eine wichtige Rolle. Nicht nur weil die Namen Bautzen, Waldheim, Hoheneck und Torgau als Orte politischer Repression eine traurige „Berühmtheit“ erlangt hatten; sondern weil sich hier engagierte Menschen zusammenfanden, um die Voraussetzungen für ein würdiges Gedenken und eine lebendige Erinnerung zu schaffen. Hier sind insbesondere das Bautzen-Komitee mit der Gedenkkapelle am „Karnickelberg“, das Bürgerkomitee Leipzig mit dem Museum in der „Runden Ecke“ und das Leipziger „Archiv Bürgerbewegung“ zu nennen, die bundesweit Maßstäbe für eine würdevolle, engagierte und hoch professionelle Aufarbeitung der SED-Diktatur gesetzt haben.

Auch wenn die meisten Mitglieder des Bautzen-Komitees, des Frauenkreises der ehemaligen Hoheneckerinnen oder des Waldheim-Kameradschaftskreises heute nicht in Sachsen leben, war mir immer bewusst, dass der Freistaat Sachsen für diejenigen, die in sächsischen Haftorten gelitten haben, eine besondere Verantwortung hat. In der **Zusammenarbeit mit den Verfolgtenverbänden** habe ich viele bewundernswerte Menschen kennen gelernt, die trotz ihres schweren Schicksals und ihres oft hohen Alters eine bemerkenswerte innere Kraft ausstrahlen und sich an der zeitgeschichtlichen Vermittlung beteiligen. Vor allem habe ich von ihnen vieles gelernt, was man in historischen Fachbüchern über ihre Zeit nicht erfährt. Diejenigen, die die ehemaligen politischen Häftlinge am meisten unterstützten und unterstützen, sind deren Ehepartnerinnen bzw. Ehepartner. Sie haben in der Zeit der schlimmsten Repressionen und Anfeindungen zu ihnen gestanden und auch in der schwierigen Zeit danach. Die Betroffenen haben ihre Haftzeit verarbeiten können und haben wieder zu einem relativ normalen Leben finden können, weil sie Partnerinnen und Partner an ihrer Seite hatten, bei denen Sie Halt fanden. Die Rolle der Partner, die diese Last des Schicksals mit aufgefangen haben, wird viel zu selten gewürdigt. Den Ehepartnern und nahen Angehörigen der Betroffenen gebührt größter Dank! Sehr gern war ich zu Gast bei den Jahrestreffen des Arbeitskreises ehemaliger politischer Häftlinge, die sich stets gemeinsam mit ihren Ehepartnerinnen treffen. Sie erhalten wegen des überwiegend privaten Charakters ihrer Treffen keine öffentlichen Zuwendungen mehr; aber das, was dort geschieht, ist für die Betroffenen und für deren Akzeptanz in der Breite der Gesellschaft bei weitem besser als das, was zuweilen in den konkurrierenden „Dachverbänden“ passiert.

Den gesetzlichen Auftrag der „Unterrichtung der Öffentlichkeit“ konnten wir angesichts unserer geringen Personalausstattung nicht in dem Umfange nachkommen, wie es eigentlich nötig wäre. Wir mussten überlegen, wie wir mit unseren bescheidenen Kapazitäten effizient wirken können. Da Veranstaltungen im Rahmen der Erwachsenenbildung auch von anderen Einrichtungen (Landeszentrale für politische Bildung, Außenstellen der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Gedenkstätten) angeboten werden, haben wir unseren Schwerpunkt auf die **schulische Bildung** ausgerichtet, also verstärkt Schülerprojekte und Lehrerfortbildungen angeboten.

Ein Projekt, das großen Anklang findet, ist ein **Ost-West-Zeitungsvergleich**. Dafür haben wir von bestimmten historischen Daten, wie dem 17. Juni 1953, dem 13. August 1961, von Volkskammer- und Bundestagswahlen oder von der Tschernobyl-Katastrophe 1986 je zwei West-Zeitungen (Frankfurter Allgemeine und Stuttgarter Zeitung) und zwei Ost-Zeitungen (Neues Deutschland und Sächsische Zeitung) kopiert. Die Schüler lernen dabei nicht nur etwas über die Geschichte der DDR und der Deutschen Teilung, sie lernen auch etwas über Pressefreiheit, Pressezensur und Pressegleichschaltung; sie lernen etwas über die unterschiedlichen Atmosphären im Alltag.

Dem Ziel der zeitgeschichtlichen Bildung dienen auch die drei **Wanderausstellungen** der Behörde zu den Themen DDR-Geschichte, Juniaufstand 1953, und Friedliche Revolution in Sachsen. Zur anschaulichen Darstellung des politischen Widerstands und des Verfolgungsschicksals an Einzelfällen sowie zur Vertiefung spezieller Aspekte der DDR-Geschichte haben wir in Kooperation mit der Evangelischen Verlagsanstalt Leipzig die **Schriftenreihe** des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen ins Leben gerufen, in der inzwischen zehn Bände erschienen sind.³ Das oft zeitaufwändige Lektorat lag meist bei Nancy Aris, die auch hier eine professionelle Arbeit geleistet hat.

Im Jahr 2004, zum 15. Jahrestag des Wendeherbstes von 1989, ging es mir darum, neben den eher düsteren Kapiteln der Diktaturgeschichte der DDR auch die Erfolgsgeschichte des Widerstands an ihrem Ende in den Fokus der „Erinnerungskultur“ zu stellen: Die gelungene und überwiegend gewaltfreie **Revolution von 1989/90**. Mit der von mir initiierten Veranstaltungsreihe in Plauen, Dresden und Leipzig am 7., 8. und 9. Oktober sollte die besondere Rolle Sachsens herausgestellt werden, da die genannten Tage im Rückblick als die Entscheidungstage betrachtet werden können: Allein wegen der großen Zahl der Demonstranten hatte sich das SED-Regime zum Dialog bereit erklärt und seine bewaffneten Einsatzkräfte zurückgezogen. Der wirkliche Entscheidungstag für das gesamte Land war der 9. Oktober 1989 von Leipzig, wo trotz der Ankündigung, dass geschossen werden soll, 70.000 Menschen zur Montagsdemonstration kamen. Um diesen 9. Oktober als ein Identität stiftendes Datum stärker im öffentlichen Bewusstsein zu etablieren, habe ich mich in der Leipziger Initiativegruppe „Herbst 89“ eingebracht, die dort eine bemerkenswerte Tradition der Erinnerungskultur begründet hat.

Mein Vorgänger Siegmund Faust hatte Ende der 90er Jahre ein **Zeitzeugenprojekt** begonnen, indem er Video-Interviews mit ehemaligen politischen Häftlingen aufgezeichnet hatte. Mit der Änderung des Sächsischen Landesbeauftragtengesetzes von 2000 war nicht nur der Personalbestand der Behörde auf ein Drittel reduziert, sondern auch die Aufgabe eigenständiger Dokumentations- und Forschungsarbeit gestrichen worden. Wir glaubten daher, das Zeitzeugenprojekt nicht fortführen zu können, und haben zu den bestehenden Interviews eine Übersichtsbroschüre herausgegeben und die Originalbänder dem Staatsarchiv zur Konservierung und weiteren Nutzbarmachung übergeben. Da inzwischen die Nachfrage nach Zeitzeugengesprächen an Schulen beständig wächst, während zugleich die betreffenden Personen in ein Alter kommen, in dem sie nicht mehr beliebig durchs Land reisen können, haben wir im letzten Jahr die Idee der filmischen Interviews wieder aufgegriffen. Diesmal unter dem Aspekt der Bildungsarbeit. Es ist aber auch unabhängig von den Einsatzmöglichkeiten im Geschichtsunterricht dringend erforderlich, diesen Teil erlebter Landesgeschichte so authentisch wie möglich zu dokumentieren und der Nachwelt zu bewahren.⁴

³ Beyer, Achim: Urteil 130 Jahre Zuchthaus. Jugendwiderstand in der DDR und der Prozess gegen die "Werdauer Oberschüler" 1951. Leipzig, 2003; Möbius, Regine: Panzer gegen die Freiheit. Zeitzeugen des 17. Juni 1953 berichten. Leipzig, 2003; Lobeck, Lenore: Die Schwarzenberg-Utopie. Geschichte und Legende im "Niemandland". Leipzig, 2004; Niederhut, Jens: Die Reisekader. Auswahl und Disziplinierung einer privilegierten Minderheit in der DDR. Leipzig, 2005; Gottschalk, Jürgen: Druckstellen. Die Zerstörung einer Künstler-Biographie durch die Stasi. Leipzig, 2006; Jörg Rudolph, Frank Drauschke und Alexander Sachse: Hingerichtet in Moskau. Opfer des Stalinismus aus Sachsen 1950-1953. Leipzig, 2006; Jankowski, Martin: Der Tag, der Deutschland veränderte. 9. Oktober 1989. Leipzig, 2007; Schöne, Jens: Das sozialistische Dorf. Bodenreform und Kollektivierung in der Sowjetzone und DDR. Leipzig, 2008; Thomas Mayer: Helden der Friedlichen Revolution. 18 Porträts von Wegbereitern aus Leipzig. Leipzig, 2009; Pflugbeil, Sebastian (Hrsg.): Aufrecht im Gegenwind. Kinder von 89ern erinnern sich. Leipzig 2010.

⁴ Ein Katalog über die 2010 aufgezeichneten 30 Zeitzeugen-Interviews ist in Arbeit und wird 2011 erscheinen.

Vergangenheits-Themen mit Zukunfts-Fragen verknüpfen

In den letzten beiden Jahren ist in einem Umfang über den 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution berichtet worden, dass es bei manchem schon Überdruß erzeugt hat. Die Jahrestage-Historiker und der Kalenderblatt-Journalismus werden im kommenden Jahr den Mauerbau vom August 1961 mit ähnlicher Lautstärke auf die Sender bringen. Wie komplett aber ein historisches Ereignis von großer Tragweite auch beschwiegen werden kann, wenn es den Redaktionen und politischen Meinungsmachern nicht gefällt, das konnte man anhand des 50. Jahrestages der **Zwangskollektivierung** der ostdeutschen Landwirtschaft beobachten, den wir im Frühjahr 2010 begingen. Etwa 20 Prozent der DDR-Bevölkerung waren selbst oder mit ihren Familien von dieser beispiellosen Despotie betroffen, als Walter Ulbricht am 25. April 1960 die „Vollkollektivierung“ verkündete. Bis heute leidet die Attraktivität der ländlichen Räume Ostdeutschlands erheblich unter einer sozialistisch geprägten agrarindustriellen Monostruktur. Ja, hier ist die Dominanz der aus den LPG hervorgegangenen Großbetriebe, die in besonderem Maße von Subventionen abhängig sind, geradezu zementiert worden. Die zentrale Lobbyorganisation, die eine Revitalisierung bäuerlicher Strukturen in Ostdeutschland verhindert hat und verhindert, führt den irreführenden Namen „Bauernverband“ und ist im Osten aus dem VdgB hervorgegangen, der ein Instrument des kommunistischen Klassenkampfes der SED gegen den Bauernstand war. Auf meine Initiative hin hat die Konferenz der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen zusammen mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Arbeitsgemeinschaft für bäuerliche Landwirtschaft am 19. April 2010 eine gemeinsame Fachtagung zu dieser Thematik durchgeführt, die trotz der Anwesenheit zahlreicher Journalisten kein Presse-Echo gefunden hat.⁵

Dabei ist es längst überfällig, die **Erinnerung an den kommunistischen Klassenkampf gegen die Bauern in einen erweiterten Kontext zu stellen**. Zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur hat sich eine demokratische Erinnerungskultur entwickelt, die der größten Opfergruppe dieser Barbarei eine große Empathie entgegenbringt. Es hat sich aus gutem Grund ein Engagement entwickelt, dass sich mit Respekt für eine Wiederbelebung jener Kultur und Religion einsetzt, welche die NS-Ideologie auslöschen wollte. Wenn man nun die globale Dimension der kommunistischen Diktaturen mit ihren insgesamt annähernd hundert Millionen Toten⁶ in den Blick nimmt, erkennt man, dass die Bauern die mit Abstand größte Opfergruppe sind, welche die Kommunisten aus ideologischen Gründen vernichten wollte. Auch wenn der Vollzug der kommunistischen Ideologie in Ostdeutschland seit 1945 mit vergleichsweise wenig Todesopfern verbunden war, waren alle drei Etappen der kommunistischen Agrarpolitik (Bodenreform – Kollektivierung – Industrialisierung) dem Ziel der Eliminierung des Bauernstandes untergeordnet. Es ging um eine flächendeckende Proletarisierung der vormals freien Bauern. Diese Etappen waren – auch wenn das ihren Akteuren und Profiteuren zum Teil bis heute nicht bewusst ist – Bestandteil der kommunistischen Großverbrechen. Ohne erkennbare parteipolitische Unterschiede hat die Agrarpolitik der ostdeutschen Bundesländer in den letzten zwanzig Jahren ganz überwiegend die Interessen der Begünstigten der SED-Agrarpolitik vertreten. Nun sollte endlich auch die

⁵ Der Tagungsband ist erschienen unter: Michael Beleites, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf und Robert Grünbaum (Hrsg.): Klassenkampf gegen die Bauern. Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute. Metropol Verlag Berlin, 2010, 167 S.

⁶ Vgl. Courtois, Stéphane, Nicolas Werth, Jean Louis Panné, Andrzej Paczkowski, Karel Bartosek u. Jean-Luis Margolin: Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. Piper Verlag, München, Zürich 1998, S. 16.

Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur zu einer Erinnerungskultur führen, die der größten Opfergruppe, die dieses System aus ideologischen Gründen auslöschen wollte, mit Empathie und Respekt begegnet: dem Berufsstand der freien Bauern. Beim Schicksal der bäuerlichen Landwirtschaft zeigt sich zugleich, dass Vergangenheitsthemen aufs Engste mit Zukunftsthemen verknüpft sein können.

Diese erweiterte Perspektive konnte auch bei der Tagung „**Umweltbewegung am Ziel?** Rückschau und Ausblick nach 20 Jahren Deutscher Einheit“ wieder aufgegriffen werden, die wir gemeinsam mit der Sächsischen Landesstiftung Natur und Umwelt und dem Leipziger Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung am 8. September 2010 in Leipzig durchführten. Hier ging es nicht nur um eine Erinnerung daran, dass die Umweltbewegung eine der drei Säulen der demokratischen Opposition in der DDR war und im Laufe der Wendezeit von 1989 eine herausragende Rolle spielte. Es steht auch die Frage, ob mit den enormen Aufwendungen für die Umweltsanierung in den letzten zwanzig Jahren die damaligen Forderungen der Umweltbewegung im Wesentlichen erfüllt sind – oder ob die Debatte über die globalen „Grenzen des Wachstums“ aktueller denn je ist. Aus ökologischer Perspektive können wir dankbar sein, dass die kommunistische Wachstumsideologie von der dauernden und wechselseitigen Steigerung von Bedürfnissen und Produktion überwunden ist. Ob unser demokratisches System nachhaltig und zukunftsfähig ist, wird sich nicht im Vergleich mit untergegangenen Diktaturen zeigen, sondern daran, ob es auf die globalen Herausforderungen der Zukunft angemessene Antworten findet. Dass es tabufreie Gesprächsräume und interessierte Gesprächspartner über solche Fragen hier und heute weniger gibt als in der DDR der 80er Jahre, stimmt mich nachdenklich. Die Philosophin Hannah Arendt schrieb bereits 1963:

*„Der Dialog des Denkens. Wo er fehlt, gibt es keine Tiefe mehr, sondern Verflachung. Das Gesamte öffentliche Leben unserer Zeit drängt auf Verflachung. Aus dieser Verflachung kommt das Unheil – und nicht aus der Tiefe, die wir verloren haben.“*⁷

Welche Positionen habe ich in den erinnerungspolitischen Debatten vertreten?

Das Wichtigste war für mich **eine Rehabilitierung politisch Verfolgter, die eine wahre Entschädigung ist**, wie es die DDR-Volkskammer 1990 beschlossen hatte. Dort, wo der Schaden nicht quantifizierbar ist, kann es eine pauschalierte Entschädigung geben, die bei Haft-Opfern höher ist als bei Opfern von „Zersetzungsmaßnahmen“, aber letztere nicht ausschließt.⁸

Zur **Zukunft der Stasi-Akten** habe ich eine Position vertreten, die nicht die die Gauck- bzw. Birthler-Behörde als „letzte Bastion der Friedlichen Revolution“ betrachtet und als Institution verewigen will, sondern eine Sicht, die die Nutzbarkeit der Akten verbessern und in einen größeren Zusammenhang stellen will. Dabei geht es mir darum, dass auf der regionalen Ebene die Akten der MfS-Bezirksverwaltungen künftig im Zusammenhang mit den parallel entstandenen Akten der SED-Bezirksleitung, des Rates des Bezirkes oder der Bezirksbehörde

⁷ Arendt, Hannah: Denktagebuch 1950-1973. Hrsg. Von Ursula Ludz und Ingeborg Nordmann. New York 2002, S. 622.

⁸ Vgl. Michael Beleites: Vorschläge und Konzepte für ein 3. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz. Workshop der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin, am 23. April 2007. <http://www.stiftung-aufarbeitung.de/.../pdf/.../wb230407beleites.pdf> und: Michael Beleites: Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages zu den Gesetzentwürfen und Anträgen zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer politischer Verfolgung in der DDR (BT-Drs. 16/4842, 16/4846, 16/4409 und 16/4404) am 7. Mai 2007. <http://www.aus-portal.de/StellungAnhRA070507.pdf>

der Volkspolizei analysiert werden können.⁹ Nur in der Analyse des Zusammenwirkens der DDR-Institutionen wird man die Mechanismen der SED-Diktatur verstehen.

Im Zusammenhang mit dem sogenannten sächsischen Gedenkstättenkonflikt habe ich mich für ein Konzept stark gemacht, dass eine Perspektive aufzeigt, um **die Zweigleisigkeit der Erinnerungskultur zu überwinden**.¹⁰ Solange man akzeptiert, dass sich aus ideologischen Gründen die Interessenvertreter der einen Opfer nicht mit denen der anderen Opfer an einen Tisch setzen wollen, erstarrt die Erinnerungskultur in einem memorialen Klassenkampf.

Dass die einseitige **Fokussierung des politischen und des Medieninteresses auf die Stasi-IM** auf direktem Wege der Entlastung der Stasi-Befehlsgeber und der SED-Nomenklaturkader dient, habe ich bereits 1992 deutlich gemacht.¹¹ Ein gemeinsam mit meinem Berliner Kollegen Martin Gutzeit durchgeführtes Forschungsprojekt „Geschichtsfeldvermessung“ zu den Umständen der Stasi-Besetzungen vom Dezember 1989 hat den Verdacht erhärtet, dass es von der SED-Führung beabsichtigt war, das öffentliche Interesse auf das MfS zu richten, um von der Verantwortung der SED abzulenken.¹²

In den ersten Jahren nach der Wende war es sehr wichtig, in der politischen Bildung das in den Vordergrund zu stellen, was im DDR-Alltag verdeckt und für die Allgemeinheit unsichtbar ablief. Dies betraf in erster Linie die Rolle der Stasi-Täter und das Schicksal der Stasi-Opfer. Nur durch die Sichtbarmachung der bisher unsichtbaren Bereiche ließ sich der wahre diktatorische Charakter des DDR-Systems vermitteln. Doch heute, wo die Zielgruppe der politischen Bildung überwiegend aus jungen Menschen besteht, die an die DDR keine eigene Erinnerung haben, hat dieses **Bildungskonzept fatale Nebenwirkungen**. Wenn man nämlich nur über Täter und Opfer spricht, behandelt man die Lebenswirklichkeit von weniger als zwei Prozent der damaligen Bevölkerung. Die Schüler müssen etwas erfahren über die subtile Nötigung zur Anpassung im Alltag. Sie müssen verstehen lernen, warum fast alle zu den falschen Wahlen gingen oder am 1. Mai winkend an den SED-Bonzen vorbeimarschiert sind; und sie müssen erfahren, was mit denen passierte, die nicht mitgemacht haben. Dabei geht es nicht um moralische Verurteilungen der Masse, sondern um ein Verstehen der sozialen Prozesse unter den Bedingungen subtiler Repressionsandrohung. Schließlich war es genau diese äußerlich angepasste Mehrheit, die es 1989 satt hatte und auf die Straßen ging. Die mutige Selbstbefreiung der Menschen hatte etwas mit Umkehr zu tun, sie war auch eine millionenfache individuelle Wende. Dies zu würdigen, ist wichtiger als der ausschließliche Verweis auf die wenigen Hundert Bürgerrechtler, die vorher schon auf der richtigen Seite standen. Und dazu sollte man sich einer Sprache bedienen, die die Sprache jenes Volkes ist, das im Herbst 1989 auf die Straßen ging. Das Wort „Wende“ zum Tabu-Wort zu erklären und von den Menschen zu verlangen, dass sie künftig ihr Leben in „vor der Friedlichen Revolution“ und „nach der Friedlichen Revolution“ einteilen, halte ich für grotesk.¹³

⁹ Vgl. Michael Beleites: Stasi-Akten in Bundes- und Landesarchive? Zur Kontroverse um die Perspektiven der Stasi-Unterlagen-Verwaltung. Deutschland Archiv 1/2005, S. 102-107.

¹⁰ Vgl. Michael Beleites: Isolierte Aufarbeitung? Zur zweigleisigen Erinnerungskultur in Deutschland und ihren Folgen. In: Hammerstein, Katrin, Ulrich Mählert, Julia Trappe und Edgar Wolfrum (Hrsg.): Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit. Wallstein Verlag, Göttingen, 2009. S. 48-58.

¹¹ Vgl. Michael Beleites: Die IM-Reihenuntersuchung verkommt zur Farce. Frankfurter Rundschau, 25. September 1992, S. 22 (ganzseitig).

¹² Vgl. Michael Beleites: Heimliche Machthaber oder missbrauchte Abhängige? Zur Rolle der IMs vor und nach der Friedlichen Revolution. In: Joachim Klose / Hrsg. (2010): Wie schmeckte die DDR? Wege zu einer Kultur des Erinnerns. Evangelische Verlagsanstalt Leipzig, 2010. S. 228-240.

¹³ Vgl. Michael Beleites: Stasi und kein Ende? Aufarbeitung der Vergangenheit und ihre Rolle in der Demokratie. In: Konstantin Hermann / Hrsg. (2010): Sachsen seit der Friedlichen Revolution. Tradition,

Aufarbeitung der Diktaturgeschichte bedeutete für mich stets, Klarheit zu schaffen und aufzuklären. Nie wollte ich bei denen sein, die nach vorgefertigten Mustern Geschichtsbilder produzieren. Ein unangenehmes Beispiel ist der öffentliche Umgang mit unserem Fund eines Röntgenstrahlers im Fotoraum der Geraer MfS-Untersuchungshaftanstalt im Dezember 1989. Uns kam sofort der schreckliche Verdacht, die Stasi könnte hier Häftlinge heimlich bestrahlt haben. Wir machten eine Foto-Serie, wo wir den zur Paketdurchleuchtung vorgesehenen Kasten öffneten und zunächst den vorgefundenen Zustand fotografierten. Um zu zeigen, dass man den Strahler mit einem Handgriff auf den Objektträger stellen und dann nach vorn auf den Fotostuhl richten konnte, machten wir auch ein Foto in dieser – von uns hergestellten – Position. In der Folge wurde, wenn es um den Stasi-Strahlen-Verdacht ging, von den meisten Journalisten nur dieses Bild der manipulierten Situation gezeigt. Die Folge war, dass Hunderte ehemalige Häftlinge abermals in Angst und Panik getrieben wurden. Zum Glück gelang es, vor dem Abriss des Geraer Stasi-Gefängnisses noch eine ortsdosimetrische Untersuchung durch das Institut für Strahlenschutz in Neuherberg vornehmen zu lassen. Diese Untersuchung konnte anhand der Keramik-Analyse eines Waschbeckens ausschließen, dass je ein solcher Strahler länger als insgesamt eine Stunde in den Raum hinein gestrahlt hat. Während in etlichen Gedenkstätten und Publikationen weiter der Stasi-Bestrahlungs-Verdacht mit dem falschen Bild aus Gera „belegt“ wurde, habe ich seither immer darauf verwiesen, dass eine gezielte Bestrahlung von Häftlingen für den verdächtigen Raum im Geraer Stasi-Gefängnis definitiv ausgeschlossen werden kann.¹⁴ Dies beantwortet noch nicht die Frage, warum diese Anlage in dem merkwürdig direkten geometrischen Verhältnis zum Häftlings-Fotostuhl angeordnet wurde, aber es kann verhindern, dass Häftlinge, die ohnehin schon an psychischen und psychosomatischen Haftfolgeschäden leiden, abermals traumatisiert werden. Klarheit schaffen, heißt auch darüber zu informieren, was die Stasi nicht gemacht hat. **Eine Dämonisierung der Täter verbessert die Lage der Opfer nicht.**

Irrtümer und Korrekturen

Bis fast zuletzt habe ich geglaubt, dass meine „moderate Amtsführung“ ehemalige Stasi-Mitarbeiter und anderweitig in die SED-Diktatur verstrickte dazu ermutigt, offener mit den problematischen Seiten ihrer Vergangenheit umzugehen oder zumindest das Gespräch darüber zu suchen. Heute muss ich sagen, dass diese **Zurückhaltung von vielen als Schwäche interpretiert** wurde, die sie in dem Beschweigen bzw. der Verfälschung ihrer Vergangenheit bestärkt hat. Nie hat die PDS mich in Debatten über ihre SED-Vergangenheit einbezogen. Aber auch beim Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung hat man mich nie angesprochen, wie mit der Stasi-Geschichte eines prominenten Mitarbeiters umzugehen sei. Im Gegenteil: Man hat mich ins Kuratorium geholt, ohne mir irgendwann von dieser Sache zu erzählen, die dort über die Institutsleitung hinaus bekannt war und gemeinschaftlich beschwiegen wurde. Wenn ich mich nun dazu nicht deutlich geäußert hätte, wäre der Eindruck entstanden, meine eher moderate Amtsführung habe dazu gedient, solche unfassbaren Zustände zu decken.

Lange habe ich mich an einer politischen Bildung beteiligt, die Diktaturgeschichte deswegen vermittelt, um die Demokratie zu legitimieren. Inzwischen glaube ich, dass dieses dualistische **Denkmuster „Demokratie oder Diktatur“ in die Irre läuft.** Es ist nicht nur beschränkt,

Wandel, Perspektiven. Sax-Verlag und Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, Dresden/Beucha. S. 229-248.

¹⁴ Vgl. Michael Beleites: Die Geschichte eines Verdachts. Zur Aufklärung der vermuteten vorsätzlichen Strahlenschädigung von Stasi-Verfolgten. Gerbergasse 18 (Geschichtswerkstatt Jena/Th.LStU), I/2000, S. 2-7.

weil es in Deutschland vor 1918 politische Systeme gab, die weder Diktatur noch Demokratie waren. Eine solche Darstellung ist auch gefährlich. Wenn nämlich unsere Demokratie tatsächlich einmal in eine ernste Krise gerät oder ihre Glaubwürdigkeit verliert, dann denken alle nur noch in Richtung Diktatur. Und dann müsste man feststellen, dass die Art politischer Bildung, wie wir sie betrieben haben, genau das Gegenteil von dem bewirkt hat, was sie bewirken wollte: Dann könnten nämlich – mangels alternativer Ideen – die braunen oder dunkelroten Ideologien der Vergangenheit plötzlich wieder salonfähig werden. Wenn man die Ursachen der heutigen Staatsverschuldung analysiert oder darüber nachdenkt, warum das Prinzip der Nachhaltigkeit nicht in praktische Politik umsetzbar ist, dann kann man durchaus über das Für und Wider der Demokratie nachdenken – und zwar ohne dabei automatisch zum Fürsprecher von Diktaturen zu werden. Auch der Teil der DDR-Oppositionellen, der in den 80er Jahren über einen „Dritten Weg“ nachgedacht hat, hat sich der abwegigen Logik „Diktatur oder Demokratie“ verweigert.

Vielleicht ist es an der Zeit, ohne Denkverbote an die Debatten über einen **Dritten Weg** aus der Vorwendezeit wieder anzuknüpfen? Der deutsch-deutsche Diskurs der Friedens- und Umweltgruppen der 80er Jahre über einen Dritten Weg ist ja völlig zu Unrecht pauschal als „pro-sozialistisch“ diffamiert worden. Es ist eine politische Realität der Gegenwart, dass die Nichtwähler die zahlenmäßig größte politische Kraft sind. Die derzeitigen Gegenkonzepte gehen alle in Richtung auf eine bestimmte Art politischer Bildung. Man meint, die politischen Verbrechen der braunen und der roten Diktatur müssen noch umfassender und noch drastischer dargestellt werden. Doch wer sagt denn eigentlich, dass die Demokratieverdrossenheit eine Diktaturverliebtheit ist. Ich glaube das nicht. Der Philosoph Klaus Michael Meyer-Abich betont, dass die Allgemeininteressen etwas völlig anderes sind als die Summe der Einzelinteressen – und dass eine zukunftsfähige politische Ordnung diesen Unterschied berücksichtigen müsse.¹⁵ Zu Recht wird immer wieder Winston Churchill zitiert, der gesagt hat: „Demokratie ist die schlechteste Form von Regierung, mit Ausnahme all der anderen, die ausprobiert wurden.“ Aber ist es klug, es dabei bewenden zu lassen – für alle Zeit?

Václav Havel hat unter sozialistischen Verhältnissen einen „Versuch, in der Wahrheit zu leben“ gewagt. Jürgen Fuchs hat zur selben Zeit die „Landschaften der Lüge“ angeprangert. Was sollen wir für Schlüsse ziehen, wenn sich heute wieder Heuchelei breit macht, und andere „Landschaften der Lüge“ immer größeren Raum einnehmen?

Wenn ich einen Preis für Zivilcourage zu vergeben hätte,

dann würde den niemand bekommen, der gegen die dunklen Schatten der Vergangenheit kämpft, um die heutigen Verhältnisse der Kritik zu entziehen – und auch kein ehemaliger Bürgerrechtler, der einst mutig gegen den kommunistischen Größenwahn angetreten ist, aber sich seit zwanzig Jahren in politischer Korrektheit gefällt und sich heute nicht mehr dafür interessiert, welches Erbe der demokratisch legitimierte Wachstumswahn den kommenden Generationen hinterlässt. Die Ehrung würde jemand erhalten, der die Aufarbeitung der Vergangenheit mit Zukunftsfragen verknüpft; jemand, der die Fortschreibung einer himmelschreienden Ungerechtigkeit anprangert, einer Ungerechtigkeit, die zu Gunsten einer privilegierten Minderheit die Zukunftsfähigkeit des ganzen Landes untergräbt; jemand, der deswegen heute wechselweise ignoriert oder diffamiert wird und der in Politik und Medien keine nennenswerte Unterstützung findet. Derjenige, der in meinen Augen einen solchen Preis

¹⁵ Meyer-Abich, Klaus Michael (1997): Praktische Naturphilosophie. Erinnerung an einen vergessenen Traum. Verlag C.H. Beck München, S. 438ff.

wirklich verdient, ist einer, der aus dem Westen kommt, aber dennoch allen Kriterien genügt, die einen wahren Bürgerrechtler auszeichnen. Es ist **Dr. Jörg Gerke**, der mit seinem Buch über „Das ostdeutsche Agrarkartell“¹⁶ und anderen Publikationen das Schweigen gebrochen hat, das darüber ausgebreitet wurde, wie der kommunistische Klassenkampf gegen den Bauernstand nach 1990 fortgeführt wurde und welche verheerenden Folgen die fortschreitende Besserstellung der Begünstigten der SED-Agrarpolitik bis heute hat. Der Mut, den er aufgebracht hat, um gegen die große Koalition aus Überzeugungstätern, Profiteuren, Abhängigen, Verführten und Befangenen der kommunistischen Verbrechen anzutreten, ist nicht geringer zu schätzen als jener Mut, den wir aufzubringen hatten, wenn wir in der DDR versuchten, zu einem damaligen Tabu-Thema eine kritische Öffentlichkeit herzustellen. Ich bin überaus dankbar, in Jörg Gerke jemanden kennengelernt zu haben, der nicht ein „ehemaliger Bürgerrechtler“, sondern ein Bürgerrechtler ist!

Aus dem Amt des Landesbeauftragten möchte ich mich nicht verabschieden, ohne ein dankbares **Gedenken** an Menschen, mit denen ich zusammenarbeiten durfte, die aber im Laufe der letzten Jahre verstorben sind. Es handelt sich um Menschen, die wegen ihres mutigen Widerstands in der SBZ und der DDR lange inhaftiert waren, und die sich engagiert in die Aufarbeitung der Geschichte eingebracht haben, die auch ihre Geschichte war. Ich verneige mich vor den Begründern des Bautzen-Komitees, Benno von Heynitz und Günter Mühle, den Teilnehmern des Juni-Aufstandes von Görlitz, Wolfgang Herbig und Günter Assmann, dem Beteiligten und Chronisten der „Werdauer Oberschüler“, Achim Beyer, dem sächsischen BSV-Vorsitzenden, Günter Berger und dem Mitglied des Dresdner Bürgerkomitees zur Stasi-Auflösung, Achim Weber. Das, was ich von ihnen und durch sie gelernt habe, möchte ich nicht missen.

Zur **Zukunft des Sächsischen Landesbeauftragten** nur soviel: Die Behörde braucht einen neuen Namen und ein neues Profil. Ich würde mich freuen, wenn das Amt rasch wieder neu besetzt wird und jemand Nachfolgerin bzw. Nachfolger würde, die/der überparteilich agiert und die Stasi-Akten nicht nur als Archivgut, sondern auch als Dokumente der eigenen Widerstands- und Verfolgungsgeschichte kennengelernt hat. Bei der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, die für die Verwaltung der Stasi-Unterlagen zuständig ist, unterstütze ich die Verstärkung durch Archivfachleute, wie den neuen Außenstellenleiter in Chemnitz, ausdrücklich. Für einen Landesbeauftragten, der in erster Linie als Ansprechpartner für ehemals politisch Verfolgte in Anspruch genommen wird, sind meines Erachtens eigene Erfahrungen mit Stasi-Konflikten wichtig.

Mir bleibt heute, nochmals **Danke** zu sagen, bei allen, die mich in den zurückliegenden zehn Jahren begleitet und unterstützt haben. Und nicht zuletzt danke ich auch meiner Familie, die mich in diesen Jahren viel zu selten gesehen hat, für das Verständnis und Entgegenkommen!

Ich verbleibe in der Hoffnung auf ein Wiedersehen bei dieser oder jener Gelegenheit und

mit vielen freundlichen Grüßen

Ihr / Euer
Michael Beleites

Erreichbar bin ich künftig unter: michael.beleites@web.de - neue Mobil-Nr.: 0173 / 4017758

¹⁶ Jörg Gerke: Nehmt und euch wird gegeben. Das ostdeutsche Agrarkartell – Bauernlegen für neuen Großgrundbesitz und Agrarindustrie. AbL-Verlag Hamm, 2008, 336 S.